

Gratis-U-Abo für Lernende des Kantons

SVP und FDP sprachen sich grösstenteils gegen die Petition aus, die beiden Parteien waren jedoch in Unterzahl.

Kelly Spielmann

Allen Lernenden, die in der kantonalen Verwaltung tätig sind, soll das ÖV-Abonnement vollständig finanziert werden – das ist die Forderung einer von 46 Lernenden eingereichten Petition. Sie seien auf den öffentlichen Verkehr angewiesen, um zur Arbeit oder zur Berufsschule zu gelangen, schreiben die Lernenden. Und: Seit dem 1. Januar erhalten alle Mitarbeitenden des Kantons einen Beitrag an das TNW-Abonnement, von welchem die Lernenden mit dem Junior-Abo jedoch nicht profitieren können. Mit den tiefen Löhnen sei es schwierig, die ÖV-Abos zu finanzieren.

Die landrätliche Petitionskommission sah dies ebenso. Das Anliegen sei unbestritten gewesen, so Kommissionspräsident Heinz Lerf (FDP) – auch in der zuständigen Finanzdirektion sowie beim Gesamtregie-

rungsrat war dies der Fall. Die geschätzten Kosten von rund 80 000 Franken pro Jahr seien tragbar – und ein U-Abo für die Lernenden sinnvoll.

«Vielleicht ist das auch ein Beitrag, die Berufslehre ein bisschen attraktiver zu machen», so Lerf. Die Kommission beantragte dem Landrat deshalb einstimmig, die Petition zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und sie an den Regierungsrat weiterzuleiten. Dies mit dem Auftrag, «dem Anliegen baldmöglichst zu entsprechen».

SVP war für gemeinsame Lösung mit Privatwirtschaft

Ganz so einfach ging das aber nicht: Peter Brodbeck (SVP) störte, dass das Anliegen nur aus Sicht der Kantonsverwaltung diskutiert und die Privatwirtschaft vergessen worden sei: «Der Staat finanziert immer mehr Leistungen mit Steuergeldern, die auch aus der Privatwirtschaft stam-

men. Diese kämpften teils selbst mit den Finanzen.» Die SVP war der Meinung, man solle gemeinsam mit der Privatwirtschaft eine Lösung finden. Sie beantragte, die Petition ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

«Vielleicht ist das auch ein Beitrag, die Berufslehre attraktiver zu gestalten.»

Heinz Lerf
Kommissionspräsident

Auch bei der FDP war man mit der Petition nicht ganz zufrieden. «Für KMU ist ein solches Angebot nicht selbstverständlich, müssen die dann nachziehen?», fragte Balz Stückelberger. Man hätte sich gewünscht, dass die Lernenden die Thematik direkt mit dem Arbeitgeber besprechen. Jacqueline Bader (FDP) fand, die Frage müsse bei jedem Lernenden einzeln geklärt werden: «Einige können mit dem Velo oder zu Fuss zur Arbeit kommen. So entsteht eine Zweiklassengesellschaft», so Bader.

Doch die Befürworterinnen und Befürworter waren in der Überzahl. Der Antrag der SVP wurde abgelehnt, der ursprüngliche der Kommission hingegen angenommen: Mit 50 Ja- und 23 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen wurde die Petition zustimmend zur Kenntnis genommen und an die Regierung weitergeleitet.